

Sperrfrist bis 17. April 2024, Ende der Strafprozessverhandlung gegen mich beim LG München.

P. Dr. Jörg Alt SJ: Einlassung zu den gegen mich gerichteten Vorwürfen

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, hohes Gericht,

ich habe mich am 28. Oktober 2022 um 100 Sekunden vor 12 Uhr mit meiner rechten Hand auf dem Karlsplatz in München festgeklebt, auf der Straßenseite, die dem Justizministerium an nächsten lag. Ich habe dies als Jesuit, Ordenspriester und Migrationswissenschaftler getan und sehe es als alternative Handlung sowie Ausfluss einer Gewissensentscheidung an.

Alternativlos war die Handlung aus zwei Gründen:

1. Angesichts des mangelhaften Erfolgs anderer Mittel, die ich jahrzehntelang eingesetzt habe, um angemessenen Fortschritt in den Bereichen soziale Gerechtigkeit und Klimawandel zu bewirken.
2. Angesichts der Dimension, die die Klimakatastrophe im Globalen Süden bereits erreicht hat und des daraus resultierenden Wunsches, Aufmerksamkeit und Unterstützung für die dort lebenden Menschen zu erreichen, die die Klimakatastrophe nicht verursacht haben, aber am meisten unter ihr leiden.

Im Einzelnen:

Dass Veränderungen in Klima und Umwelt problematisch werden, ist schon seit vielen Jahren Thema in meinen Vorträgen, Predigten oder Büchern,¹ ohne dass es zu angemessenem Problembewusstsein oder Handlungen geführt hat. Von den FridaysForFuture habe ich mir sodann 2019 erklären lassen, was Kipppunkte sind, der Hungerstreik junger Menschen vor der Bundestagswahl 2021 machte mich auf die immer kürzeren Handlungsfenster aufmerksam, die der Menschheit noch verbleiben, um die Erderhitzung in gestaltbarem Rahmen zu halten. Lange Zeit war auch ich skeptisch, ob Straßenblockaden ein geeignetes Protestmittel sind, da auch ich Abwehr und Polarisierung befürchtete. Aber: Zuerst wurde ich in meiner Überzeugung irritiert, als die Jesuiten und unsere Projektpartner im Globalen Süden über diese disruptive Methode begeistert waren. Zu Beginn der ersten Straßenblockaden durch die Letzte Generation Anfang 2022 sagte Pater Charles Chilufya, Direktor des Justice & Ecology Office der Jesuitenkonferenz von Afrika und Madagaskar, in einem Solidaritätsstatement:

“Wir ... begrüßen und unterstützen das mutige Engagement so vieler junger Menschen in ganz Deutschland für Klimagerechtigkeit. Durch ihre heutigen Aktivitäten wurden Autofahrer gestört. ... Gleichzeitig verblassen die Störungen, die diese gerechtfertigten Akte des zivilen Ungehorsams verursachen, im Vergleich zu denen, die der Klimawandel verursacht. ... Die jungen Menschen, die heute deutsche Straßen blockieren, stehen an unserer Stelle.”

Der volle Wortlaut des Solidaritätsstatements ist der Einlassung als Anlage beigelegt.

Ich entschloss mich persönlich zu meiner ersten Straßenblockade, als Minister Volker Wissing sich am 13. Juli 2022 weigerte, ein Klima-Sofortprogramm für sein Ressort vorzulegen. Dazu waren und sind nach geltendem Klimagesetz alle Minister verpflichtet, die für ihren Bereich die Treibhausgas-Reduktionsziele nicht erfüllen. Dieser Gesetzesbruch ist umso skandalöser, da für den Verkehrsbereich mit dem Tempolimit ein kostenloses und von deutlichen Mehrheiten in der Bevölkerung gedecktes

¹ Siehe etwa Alt, J. (2009) Globalisierung, Illegale Migration, Armutsbekämpfung. Karlsruhe: von Loeper Literaturverlag, Kapitel „Ökologische Katastrophe und Niedergang“, S. 118ff.

Sperrfrist bis 17. April 2024, Ende der Strafprozessverhandlung gegen mich beim LG München.

Instrument zu einer sofortigen und signifikanten Treibhausgasreduktion zur Verfügung steht.² Ab da sah auch ich in der Straßenblockade ein sowohl symbolisch-anschauliches als auch sachangemessenes Mittel, um mich dem „fossilen Weiter-So“ in den Weg zu stellen.

Nun zu der heute verhandelten Tat vom 28. Oktober 2022. Diese fand im Kontext einer internationalen Kampagne von Scientist Rebellion statt. Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern kamen nach Deutschland, um Erkenntnissen zur Klimakrise und ihrer Folgen mit disruptiv-gewaltfreien Aktionen Gehör zu verschaffen. Deutschland erachten Wissenschaftler weltweit als Schlüsselstaat der sozial-ökologischen Transformation, sowohl was das Potenzial zur Verschlechterung, aber auch zur Verbesserung der Situation betrifft. Die Proteste, Straßenblockaden inklusive, und ihre Dauer von Mitte Oktober bis zum 4. November, wurden mehrfach öffentlich angekündigt, die Süddeutsche Zeitung berichtete am 27. Oktober von bevorstehenden Aktionen. Man konnte sich also darauf einstellen, zumal der Öffentliche Nahverkehr seitens der Protestierenden stets ausgenommen und nicht behindert wurde.³

Aber: hinsichtlich Aktionen konkret in Bayern war zu befürchten, dass dort Wissenschaftler, wie zuvor andere Aktivisten, in Präventivgewahrsam genommen werden, um das Recht auf gewaltfreie Versammlungsfreiheit und Protest zu unterbinden. Dies wiederum ist ein billiges Ablenkungsmanöver vor den Versäumnissen von Politik und Gesellschaft. Es ist Sündenbockdenken, und deshalb eine dreifache Herausforderung für die Christen und Kirchen: Zum einen, weil es vom eigentlichen Problem, der heute schon herrschenden Situation im Globalen Süden und unserer Verantwortung dafür, ablenkt. Zum zweiten, weil Kirche gefordert ist, gewaltfrei Demonstrierenden beizustehen. Zum dritten, weil es hier um die Politik einer Partei geht, die das „C“ im Namen führt und sich immer wieder auf christliche Werte beruft.

Vor diesem Hintergrund entschied ich mich, zur Unterstützung der Wissenschaftler ebenfalls an einer Straßenblockade teilzunehmen und mich dabei in Solidarität ebenfalls festzukleben.

Ich komme nun zu den Gründen, die zur Wahl von Ort, Zeit und Formaten unseres Protests am 28. Oktober geführt haben:

Der Ort der Blockade, Karlsplatz Abzweigung Prielmayerstraße, war schnell gefunden: Das Justizministerium schien geeignet, weil es um Recht, Gerechtigkeit und Gesetz geht. Die konkrete Stelle würde zum einen eine massive Störung erzeugen, zugleich wäre eine zeitnahe Ableitung über die Eisenstraße möglich, um die Störung für Einzelne in Grenzen zu halten. Selbstverständlich haben wir für die Möglichkeit einer Rettungsgasse gesorgt, indem sich nur die zwei Personen am äußersten Rand angeklebt haben – die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtete ausdrücklich über diesen Aspekt der Vorbereitung.⁴

Die Uhrzeit 100 Sekunden vor 12 entsprach der damals geltenden Einstellung der Weltuntergangsuhr, die die Gefahr menschlicher Selbstvernichtung veranschaulicht. Als Datum wurde der 28.10. gewählt, weil zum einen anzunehmen war, dass zu diesem Zeitpunkt Wissenschaftler bereits in Präventivgewahrsam genommen sein würden (was sich als zutreffend erwies) und weil es der Beginn des CSU-Parteitags war, also einer der Parteien, die im Bundestag dem Pariser Klimaabkommen zugestimmt hat und eigentlich alle Kraft daransetzen sollte, dasselbe auch umzusetzen. Zugleich ist die CSU die

² Z.B. Starke Kritik am BMDV-Sofortprogramm zur Einhaltung der Klimaziele im Verkehr (17.7.2022)

<https://www.elektroauto-news.net/news/starke-kritik-bmdv-sofortprogramm-einhaltung-klimaziele>

³ Siehe zu diesem Abschnitt, etwa zur Sicht der Wissenschaftler zur Rolle und Bedeutung Deutschlands/Bayern sowie Protestbeginn und -dauer die bis heute auf der Scientist Rebellion Website stehende Ankündigung der Aktionswelle auf <https://jvd23yefsb.execute-api.eu-central-1.amazonaws.com/action-plan>

⁴ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/letzte-generation-warum-jesuit-joerg-alt-klimaaktivisten-unterstuetzt-18446377.html>

Sperrfrist bis 17. April 2024, Ende der Strafprozessverhandlung gegen mich beim LG München.

Partei, die das Zustandekommen des Polizeiaufgabengesetzes maßgeblich verantwortet und bei seinem Entwurf betonte, es gelte der Prävention schwerster Verbrechen. Stattdessen wurde es gegenüber Menschen in Anwendung gebracht, die für die Überlebensgrundlagen der Menschheit und Gefahren für unsere Zivilisation aufmerksam machen. Das lenkt vom eigentlichen Problem ab: Dem Versagen beim Klimaschutz.

Die bis heute durch die Bayerische Staatsregierung erfolgten Investitionen in die sozial-ökologische Transformation sind mager. Wirtschaft und Gewerkschaften klagen über den schleppenden Ausbau erneuerbarer Energien und warnen vor der Abwanderung von Unternehmen,⁵ von einer Modellregion ist Bayern sehr weit entfernt. Rückblickend auf das Jahr 2022 bilanzierte Luisa Neubauer: Bayern hat 2022 dreimal mehr KlimaaktivistInnen verhaftet als Windräder errichtet.⁶

Konzeptionell hatte unser Protest am 28. Oktober drei Formate:

Zunächst die Straßenblockade als ein symbolischer und sachangemessener Versuch, uns mit Gesicht und Namen dem fossilen Weiter-So von Regierungen und Gesellschaft gewaltfrei entgegenzustellen. Als nächstes das Format der wissenschaftlichen Vorlesung: Das ist für mich Migrationssoziologie, weil dies meine wissenschaftlich anerkannte und mit dem Augsburgers Wissenschaftspreis 2004 ausgezeichnete Qualifikation ist.⁷ Ich legte dar, wie und warum die Klimakatastrophe schon heute Menschen aus ihrer angestammten Heimat vertreibt und dass dieser Trend im Fall des fossilen Weiter-Sos bis Mitte des Jahrhunderts unvorstellbar an Qualität und Quantität zunehmen wird. An dieser Stelle bedanke ich mich ausdrücklich erneut bei der Polizei, dass sie uns diese Vorlesungen ungestört und bis zum Ende halten ließ.

Mein Statement ist der Einlassung in der Form, die ich auch der Staatsregierung mit Belegfußnoten zugestellt habe, als Anlage beigefügt. Ich stelle es ausdrücklich in das Ermessen des Gerichts, den Inhalt dieses Statements durch Verlesung in die Hauptverhandlung einzuführen. Ich werde am Ende meiner Einlassung noch einige Bemerkungen zur Aktualität und Brisanz dieser Thematik machen.

Das dritte konzeptionelle Element des Protests war der „Appell an die VerantwortungsträgerInnen und TheologInnen in der katholischen Kirche in Deutschland“, der parallel zum Protestbeginn veröffentlicht wurde. Er war von über 100 Lehrstuhlinhabern und kirchlich-akademischen Mitarbeitern unterzeichnet und wird inzwischen von über 1.000 Unterzeichnenden mitgetragen.⁸ Zentrale Aussage des Appells ist die ausdrückliche Bekräftigung, dass die heute schon feststellbaren Auswirkungen der Klimakatastrophe bei gleichzeitig schleppendem Gegensteuern von Politik und Gesellschaft Aktionen des Zivilen Ungehorsams und Widerstands nachvollziehbar machen. Alle sollten

„konkret tätig werden..., indem sie das ‚Weiter-So‘ unterbrechen helfen und damit einen Beitrag leisten, bedrohtes Leben zu retten.... Die EntscheidungsträgerInnen in der Kirche bitten wir: Machen Sie Ihren Einfluss geltend, dass der fossile Irrweg schnellstmöglich gestoppt und eine Wende vollzogen wird. Dann werden solche Aktionen (zivilen Widerstands, d.V.) unnötig. Bis es aber so weit ist, bitten wir Sie: Seien Sie solidarisch mit jenen, die sich aktivistisch engagieren, und lassen Sie es nicht zu, dass Menschen, die sich gewaltfrei für die Rettung der Schöpfung einsetzen, diskreditiert und bestraft werden.“

⁵ <https://www.sueddeutsche.de/bayern/energie-muenchen-warnung-der-wirtschaft-standort-in-gefahr-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-221007-99-42922>

⁶ Tweet am 22.12.2022, <https://twitter.com/Luisamneubauer/status/1605945482336882688>

⁷ https://www.joergalt.de/fileadmin/Dateien/Joerg_Alt/ZUZW/2210/StatementAlt.pdf

⁸ <https://www.change.org/p/appell-an-die-verantwortungstr%C3%A4gerinnen-und-theologinnen-in-der-katholischen-kirche-in-deutschland>

Sperrfrist bis 17. April 2024, Ende der Strafprozessverhandlung gegen mich beim LG München.

Der volle Wortlaut des Appells ist der Einlassung als Anlage beigefügt. Ich stelle es ausdrücklich in das Ermessen des Gerichts, den Inhalt des Appells durch Verlesung in die Hauptverhandlung einzuführen.

Wie beurteile ich meine Tat rückblickend?

Kein einziges der von mir angemahnten Probleme wurde von Politik und Gesellschaft angemessen angegangen.

Erstens: Minister Wissing verweigert nach wie vor ein Sofortprogramm für den von ihm verantworteten Verkehrssektor. Am Montag dieser Woche änderte die Bundesregierung das bisher gültige Klimagesetz dergestalt, dass Minister Wissings Verweigerungshaltung auf einmal wieder auf legalem Boden steht. Das mag Juristen beeindrucken, aber nicht das Klima – hier wären die Einsparungen durch Tempolimit, autofreie Wochenenden oder ein Verbot von Privatjets deutlich hilfreicher. Oder: Die Bayerische Staatsregierung macht gerade 395 Millionen Euro locker, um in Nürnberg den Frankenschneppweg auszubauen, gleichzeitig untersagt sie der Stadt Nürnberg die Erhöhung von Parkgebühren – falsche Weichenstellungen in der Klimakatastrophe.

Zweitens: Die Kriminalisierung von gewaltfreiem und friedlichem Klimaprotest dauert an, neben Präventivhaft kamen in Bayern gegen Aktivisten Ermittlungen wegen des Verdachts auf eine kriminelle Vereinigung dazu. Dies wirft Fragen der Gleichbehandlung auf, wenn man den Umgang mit Klimademonstranten auf der einen und demonstrierenden Landwirten auf der anderen Seite vergleicht.

Drittens: Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe sind weiterhin unzureichend, dazu wird Dr. Huth etwas sagen.

Viertens: Die Lage der so genannten „Klimaflüchtlingen“. Unvermindert verstärken bedrohliche Entwicklungen den Druck auf Menschen, ihre Heimat verlassen zu müssen. Ich habe eine aktuelle Bilanz in einem wissenschaftlichen Artikel gezogen, der im Juni dieses Jahres publiziert werden wird. Es wird zunehmend wahrscheinlich, dass in 50 bis 70 Jahren bis zu einem Drittel der Menschheit nicht mehr dort wohnen kann, wo sie sich jetzt noch aufhalten. Schuld daran werden steigende Hitze, Wasserknappheit, Krankheiten und Plagen sein, ebenso Extremwetter und steigende Meeresspiegel. In dem Artikel schildere ich die Lage Ostafrikas, wo sich die Lebensbedingungen jetzt und heute für Menschen nach sechs Dürren, einer Überflutung, mehreren Heuschreckenplagen und drohenden Konflikten um die Kontrolle des Nil-Wassers zuspitzen. Gleichzeitig sind die Hilfen, die diese Region für Anpassungen an diese Entwicklungen von der internationalen Gemeinschaft erhält, fünf- bis zehnfach niedriger als der faktische Bedarf.

Das Artikelmanuskript, welches ich vorige Woche beim Verlag eingereicht habe, ist der Einlassung als Anlage beigefügt. Ich stelle es ausdrücklich in das Ermessen des Gerichts, die Inhalte des Artikels durch Verlesung in die Hauptverhandlung einzuführen.

Aus migrationssoziologischer Sicht macht deshalb die Unterscheidung zwischen Tatziel und Fernziel beim Engagement gegen die Erderhitzung keinen Sinn: Klimademonstranten wird bei Straßenblockaden unterstellt, es ginge ihnen um die Vermeidung eines künftigen Zustands, während Autofahrer Objekte und Opfer dieser Täterinteresse seien.⁹ Das sehe ich anders. Ich möchte jetzt und heute dazu beitragen, dass jetzt und heute stattfindendes Sterben, Leid und Vertreibung verringert und vermieden werden kann. Autofahrer sind keine Opfer, sondern Mitschuldige an der jetzt und heute bestehenden katastrophalen Situation und deshalb sachangemessene Ziele von Straßenblockaden. Insofern sind Straßenblockaden jetzt und heute Lebens- und Menschenschutz.

⁹ Fischer, Th. (19. Juli 2022) Machen sich Klima-Demonstranten bei Straßenblockaden strafbar?
<https://www.lto.de/recht/meinung/m/frage-an-fischer-blockade-noetigung-widerstand-klimaaktivisten/>

Sperrfrist bis 17. April 2024, Ende der Strafprozessverhandlung gegen mich beim LG München.

Vor diesem Hintergrund erachte ich auch jetzt und heute das Gesamt von Blockade, Vorlesung und Appell als problem- und sachangemessen, alternativlos und deshalb zielführend. Unsere Blockade hat die öffentliche und mediale Debatte im In- und Ausland befeuert, die sich erfreulicherweise nicht nur mit den Methoden, sondern auch Motiven unseres Protests befasst.

Ich sehe erachte unseren Protest als alternativloses Mittel, unter den beschriebenen Umständen bestehende und sich verschärfende Gefahren abzuwenden, aus meiner Sicht besteht ein „rechtfertigender Notstand“ wie er in § 34 StGB definiert wird.

Ich komme zum Schluss:

Ich finde die aktuelle Situation zunehmend absurd. Der Zusammenhang zwischen Treibhausgasemissionen im Globalen Norden einerseits sowie Sterben und Flucht im Globalen Süden andererseits ist nicht vernünftig bezweifelbar. Hinzu kommen Verträge, Gesetze und Urteile, die Regierungen verpflichten, Treibhausgase zu reduzieren. In Deutschland sinken sie jedenfalls, angesichts der historischen Verantwortung bei der Freisetzung dieser Gase sowie der finanziellen und technischen Möglichkeiten unseres Landes, nicht schnell genug. **In diesem Kontext möchte gewaltfreier Ziviler Widerstand unignorierbar darauf hinwirken, dass diese Misstände behoben werden und gesetzestreu es Handeln (wieder) hergestellt wird.** Anders gesagt: Würden die Regierungen ihren Job zur Umsetzung geltender Gesetze machen, bräuhete es unseren angesichts schrumpfender Handlungsfenster notgedrungen drastischen Protest nicht.

Ich möchte hervorheben, dass ich seit dem 8. September 2023, meiner letzten Blockade in Unterstützung der in Präventivhaft sitzenden Aktivisten der „100FürBayern“-Kampagne der Letzten Generation, keinen Akt Zivilen Widerstands mehr ausgeübt habe. Im Rahmen des neugegründeten Ukamazentrums der Jesuiten für sozial-ökologische Transformation arbeite ich aktuell wieder verstärkt wissenschaftlich und publizistisch, um unsere Themen in den Bereichen Klimamigration, Postwachstumsökonomie oder Demokratiestärkung zu etablieren. Aktuell beispielsweise ist mein Schwerpunktthema die Organisation einer Lokalen Versammlung, die als Ziel hat, Menschen verschiedenster Hintergründe und gegensätzlicher Überzeugungen in einen Dialog zu bringen, um Brücken gegen die fortlaufende Polarisierung in unserer Gesellschaft bauen zu können.

Gleichwohl behalte ich mir ausdrücklich vor, auch künftig Akte des Zivilen Ungehorsams und Widerstands zur Unterstützung von Aktivistinnen und Aktivisten zu begehen, solange die Ausgangslage unverändert ist: Eine Politik, die in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, unser Konsumieren und Wirtschaften könne ohne Einschnitte so weitergehen wie bisher, eine Politik die verschweigt, was unser Konsumieren und Wirtschaften jetzt und heute in anderen Weltteilen anrichtet, eine Politik, die lieber das Klimagesetz ändert, als dass sie Minister zwingt, in ihrem sektoralen Verantwortungsbereich jene Maßnahmen umzusetzen, die möglich sind, nichts kosten und von großen Mehrheiten in der Bevölkerung unterstützt werden: eine solche Politik bricht ihren Amtseid, mit dem sie gelobt hat, das Wohl des Volkes zu mehren und Schaden von ihm fernzuhalten.

Dabei werde ich mich weiterhin an den Praktiken der aktivistischen Gruppen orientieren die, im Fall der Letzten Generation, ja öffentlich gemacht hat, sich nicht mehr auf der Straße ankleben zu wollen.

Meine zwei Schlussbemerkungen sind:

Die erste: Wenn mir jemand etwas aufzeigt, das besser funktioniert als das, was ich jahrzehntelang ohne angemessenen Erfolg versuchte oder etwas besser geeignetes als Blockaden und vergleichbar nervige Formen des Zivilen Widerstands: Ich bin sofort bereit es zu tun.

Meine zweite Schlussbemerkung bezieht sich auf meine persönlichen Verhältnisse: Ich gehöre seit 42 Jahren dem Jesuitenorden an und habe deshalb unter anderem das Gelübde der Armut abgelegt. Das

Sperrfrist bis 17. April 2024, Ende der Strafprozessverhandlung gegen mich beim LG München.

heißt, ich habe keine eigenen finanziellen Einkünfte. Meine Ordensgemeinschaft stellt meinen Lebensunterhalt sicher. Die Begleichung von Geldstrafen fällt nicht hierunter, zumal es meinem Verständnis entgegenliefe, wenn mein Orden hier für mich finanziell einträte, auch und gerade, weil dies eher nicht im Sinne vieler Förderer, Freunde und Unterstützer wäre, die den Orden, seine Projekte und Werke finanziell unterstützen.